



## NEWSLETTER DEZEMBER 2024

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,  
 liebe Genossinnen und Genossen,

im Landtag startet gerade die Schlussrunde auf dem Weg zum Haushalt 2025. In der Woche vor Weihnachten findet hierzu im Landtag die abschließende dritte Lesung statt. Hinter uns liegen unfassbare Wochen. Über 32.000 Menschen demonstrierten im November auf den Rheinwiesen gegenüber des Landtags für die Rücknahme des sozialen Kahlschlags, den die schwarz-grüne Landesregierung mit ihrem Haushaltsplan eingeleitet hat. Doch die Demonstrierenden bissen mit ihren Forderungen bei „Sozialminister“ Karl-Josef Laumann und Familienministerin Josefine Paul auf Granit.

Und dann kam plötzlich doch die Wende?!? Kurz vor der zweiten Lesung des Haushalts Anfang Dezember brachten CDU und Grüne eine Reihe von Änderungsanträgen ein - rund 20 Millionen Euro der im Entwurf geplanten Einsparungen im Sozialbereich sollen zurückgezogen werden.

Ein Grund zur Freude? Vorsicht! Zur Gegenfinanzierung nimmt die Koalition nämlich einfach neue Sozialkürzungen an anderen Stellen vor – so zum Beispiel bei den Integrationszentren der Kommunen oder bei der Gleichstellung. Trotz aller Bemühungen von Schwarz-Grün, mit einer Korrektur der geplanten Kürzungen die Menschen in Nordrhein-Westfalen in die Irre zu führen, bleibt am Ende die traurige Gewissheit: Die schwarz-grüne Koalition zieht ihre Sozialkürzungen eiskalt durch.

Minus bleibt Minus! Das ist bitter – für Bedürftige und Familien, für soziale Einrichtungen und Wohlfahrtsverbände, für Kommunen. Wir setzen uns weiter für die vollständige Rücknahme der Sozialkürzungen im Haushaltsplan 2025 ein und werden in der dritten Lesung erneut eine Vielzahl von Änderungsanträgen einbringen, um den sozialen Kahlschlag zu stoppen!

Nicht nur beim Haushalt erleben wir bei Schwarz-Grün nur teilnahmsloses Schulterzucken. Auch in der Industriepolitik. Nordrhein-Westfalens Wirtschaft kriselt. Das zeigen zum einen die jüngs-

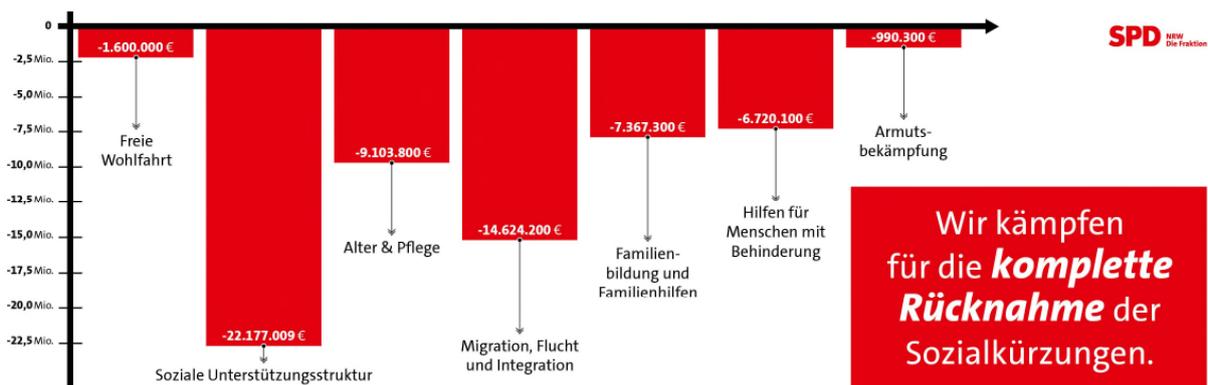


### Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis:  
 Dortmund-Hombruch, Hörde,  
 Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund  
 Brüderweg 10-12  
 44135 Dortmund  
[www.anja-butchkau.de](http://www.anja-butchkau.de)

Fon: 0231 – 58 56 18  
 Fax: 0231 – 58 56 28  
[anja@anja-butchkau.de](mailto:anja@anja-butchkau.de)



Wir kämpfen für die **komplette Rücknahme** der Sozialkürzungen.

ten Zahlen des RWI-Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung, die von einem Wirtschaftswachstum von nur 0,7 Prozent ausgehen – und damit unter dem Bundesdurchschnitt liegen. Das merken zum anderen die vielen Beschäftigten, die den Verlust ihres Arbeitsplatzes fürchten. Rund 1.500 bei der Firma Gerhardt Kunststofftechnik aus Lüdenscheid, die Insolvenz angemeldet hat. Rund 2.900 bei Ford in Köln. Rund 11.000 bei Thyssenkrupp. Und viele weitere bei Miele, Coca-Cola und Co. In einer Aktuellen Stunde haben wir deshalb von der Landesregierung einen zukunftsorientierten Plan eingefordert, um die NRW-Wirtschaft anzukurbeln. Es muss endlich Schluss sein mit leeren Worthülsen und Betroffenheitserklärungen!



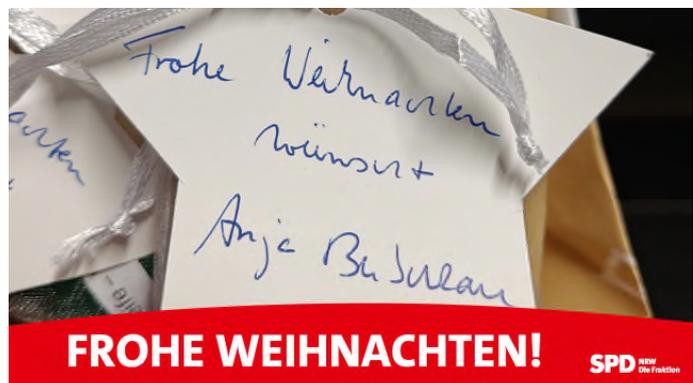
In diesen bewegenden Zeiten ist fast in Vergessenheit geraten, dass die Legislaturperiode der schwarz-grünen Landesregierung schon halb rum ist. Zeit für eine Halbzeitbilanz!

Um es mit wenigen Worten zusammenzufassen: viel versprochen – viel gebrochen!

Die Liste der gebrochenen Versprechen ist lang: Ob OGS-Gesetz mit Mindeststandards für Räume, Personal und Qualität, das beitragsfreie dritte Kita-Jahr, der Altschuldenfonds für Kommunen, die Armutsbekämpfung, 45.000 neue mietpreisgebundene Wohnungen, der Ausbau des Sozialen Arbeitsmarkts, mehr Sicherheit oder Wählen ab 16 – all das hat die schwarz-grüne Landesregierung in den zweieinhalb Jahren seit der Wahl nicht umgesetzt. Unter Hendrik Wüst ist nichts besser geworden, aber vieles schlechter.

In der politischen Praxis sind CDU und Grüne viel weiter voneinander entfernt, als sie es die Menschen in Nordrhein-Westfalen glauben machen wollen. Ihr vermeintlich „geräuschloses Regieren“ täuscht nicht darüber hinweg, dass nichts vorankommt. Beispiel OGS: das Gesetzesvorhaben wird nicht umgesetzt, weil das grüne Familienministerium und das CDU-Schulministerium sich beim notwendigen Ausbau des Ganztags nicht einigen können. Und auch hier wird wieder deutlich, dass Schwarz-Grün die Interessen von Familien und Arbeitnehmer\*innen nicht vertritt.

Ein ereignisreiches Jahr 2024 nähert sich so dem Ende. Zeit, endlich zur Ruhe zu kommen, um dann mit frischer Energie in den Bundestagswahlkampf zu starten. Bis dahin wünsche ich Ihnen/Euch ein besinnliches Weihnachtsfest und einen guten Rutsch in ein gesundes und positives Jahr 2025!



Ihre/Eure

Anja Buschmann

## Wir kämpfen für einen besseren Schutz gegen Gewalt an Frauen und Mädchen

Fast täglich stirbt in Deutschland eine Frau, weil sie eine Frau ist. 2023 waren es 360 Frauen und Mädchen, die Opfer eines so genannten Femizids wurden, so berichtet es das Lagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten 2023“ des Bundeskriminalamtes. In allen Deliktbereichen steigt die Gewalt zum Vorjahr deutlich – die häusliche Gewalt um 5,6 Prozent und die digitale Gewalt um 25 Prozent. Das Dunkelfeld dürfte weitaus höher sein.

Dass Gewalt gegen Frauen ein Problem ist, ist politischer Konsens. Doch die Konsequenzen, die aus dieser Erkenntnis gezogen werden, reichen bisher nicht aus.

Die Lage in den Frauenhäusern bleibt auch in diesem Jahr dramatisch. Die meist kleinen Träger müssen bei steigenden Kosten immer mehr Spenden einwerben, um über die Runden zu kommen. Gleichzeitig finden viel zu viele Frauen keinen freien Platz auf der Suche nach Schutz vor häuslicher Gewalt. Bereits in der letzten Ausgabe dieses Newsletters berichtete ich, dass drei von vier Anfragen mangels freier Plätze abgewiesen werden müssen. Im Jahr 2023 wurden in 7.234 Fällen Frauen wieder zurückgeschickt. Eine Zahl, die die Landesregierung erst nach drei Kleinen Anfragen von mir veröffentlichte.

Die Landesregierung will nun – über sechs Jahre nach Inkrafttreten der Istanbul-Konvention in Deutschland – endlich einen Landesaktionsplan zu deren Umsetzung erstellen. In unseren Augen darf dies nun aber nicht dazu führen, dass der dringend benötigte Ausbau der Frauenhäuser und Frauenberatungsstellen noch weiter hinausgezögert wird. Noch immer fehlen in Nordrhein-Westfalen ca. 1.120 Schutzplätze – für diese Erkenntnis bedarf es keinen Landesaktionsplan.

In der letzten Plenarwoche haben wir einen Antrag eingebracht, in dem wir unsere Anforderungen an den Landesaktionsplan formulieren, aber auch mehrere Sofortmaßnahmen einfordern. Eine davon ist, sich auf Bundesebene für die Einführung eines Gewalthilfegesetzes einzusetzen. Nach dem Bruch der Ampel-Koalition ist dieses wichtige Projekt, das zukünftig jeder Frau unabhängig ihres Einkommens und Aufenthaltsstatus kostenlosen Schutz und Hilfe garantieren soll, gefährdet. Mit einer gesetzlichen Grundlage wäre der Schutz vor häuslicher Gewalt nicht mehr nur eine freiwillige Leistung, die von der Kassenlage der Kommunen und Länder abhängig wäre. CDU und FDP dürfen dieses wichtige Projekt jetzt nicht weiter aus parteipolitischem Kalkül blockieren.



Genauso irrsinnig waren auch die Haushaltspläne der Landesregierung für 2025. Nachdem bereits im aktuellen Haushalt 2024 300.000 Euro im Bereich Schutz und Hilfe gegen Gewalt an Frauen weggekürzt wurden, wollte sie im Etat für 2025 weitere 1,9 Millionen Euro streichen. Das hätte sich zwar nicht auf die Förderung bestehender Frauenhäuser und -beratungsstellen ausgewirkt, allerdings könnte man mit dem Geld auch den Schutz verbessern.





Das Geld würde z.B. für die Förderung ca. 100 neuer Schutzplätze reichen oder für eine kostendeckendere Förderung bestehender Einrichtungen sorgen.

Am Ende war der Druck durch die Öffentlichkeit, Medien und uns als Opposition so groß, dass die Landesregierung die Kürzung wieder zurückgenommen hat. Ich bin gespannt, wie sie das Geld nun einsetzen wird.

Allerdings hat die Rücknahme der Kürzung einen erheblichen Wermutstropfen: Die 1,9 Millionen Euro wurden im Gegenzug bei der Gleichstellungspolitik gekürzt. In einem Bereich, in dem sich die Landesregierung zuletzt ohnehin schon ideenlos zeigte.

Interview im WDR5-Westblick: [rb.gy/7nst1r](https://rb.gy/7nst1r)

Antrag „Für mehr Sicherheit – NRW gegen Gewalt an Frauen und Mädchen“: [rb.gy/v5ah1c](https://rb.gy/v5ah1c)

Plenarrede zum o.g. Antrag: [rb.gy/7qioxu](https://rb.gy/7qioxu)

Plenarrede zum Landeshaushalt 2025 im Bereich der Gleichstellung: [rb.gy/1qr6ew](https://rb.gy/1qr6ew)

Bundeslagebild „Geschlechtsspezifisch gegen Frauen gerichtete Straftaten 2023“: [rb.gy/onlhqw](https://rb.gy/onlhqw)

## Schwarz-Grün und die Schule: Versetzung gefährdet

Schwarz-Grün bekommt den Unterrichtsausfall einfach nicht in den Griff. Laut der Mitte Dezember veröffentlichten Unterrichtsstatistik fiel im Schuljahr 2023/24 knapp fünf Prozent des Unterrichts ersatzlos aus. Und jede fünfte Unterrichtsstunde lief nicht wie geplant.

Hand in Hand mit dem Unterrichtsausfall geht der Lehrkräftemangel: Aktuell sind 8.049 Stellen an den Schulen in Nordrhein-Westfalen unbesetzt – und damit zwei Stellen mehr als 2022. Auch zwei Jahre nach dem ersten Handlungskonzept der Landesregierung hat sich die Situation also in keinerlei Hinsicht gebessert. Dabei wäre es längst an der Zeit, die Lehrpläne zu entschlacken und moderne Prüfungsformate und Unterrichtsformen umzusetzen.

SPD NRW

**6.000 fehlende Lehrkräfte in NRW:**

**Endlich echte Lösungen statt Flickschusterei!**

**Wir fordern:**

- > Transparente Erfassung von Unterrichtsausfällen.
- > Mehr Lehrkräfte gewinnen: Ein-Fach-Lehrkräfte und Seiteneinsteiger stärker einbinden.
- > Lehrkräfte entlasten: Weniger Bürokratie, weniger Klassenarbeiten.

## Kitastrophe: 60 Kinder, eine Fachkraft?

Fast jede vierte der 4.000 Kitas in Nordrhein-Westfalen mussten im September kurzzeitig schließen oder ihre Angebote reduzieren. Das ist für Familien, die vor verschlossenen Türen stehen,

eine absolute Kitastrophe. Doch die Maßnahmen, die die Landesregierung nun ergreifen möchte, verschärfen das Problem eher, statt es zu lösen: Die Vorgaben zum Personalschlüssel sollen so weit aufgeweicht werden, dass bis zu 60 Kinder in ihren jeweiligen Gruppen von Ergänzungskräften betreut werden können. Nur eine einzige anwesende Fachkraft soll laut Familienministerin Josefine Paul in der Einrichtung ausreichen.

Statt einer Personaloffensive zur Gewinnung neuer Fachkräfte soll nun eine gestutzte Personalverordnung retten, was kaum noch zu retten ist. Wir fordern seit über einem Jahr ein Kita-Rettungspaket, mit dem die Träger finanziell so ausgestattet werden, dass sie Personal halten und übers Jahr gesehen auch fest einplanen können. Doch davon möchte die Landesregierung weiter nichts wissen.



### Unser Plan gegen den Fachkräftemangel

Die wirtschaftliche Lage ist angespannt. Zur lahrenden Konjunktur hinzu kommt der Fachkräftemangel. Ob in der Privatwirtschaft, im Gesundheitssystem oder in den Kitas - überall fehlt Personal. Und durch den demografischen Wandel ist das leider kein Kurzzeitproblem. Im Gegenteil: Der Fachkräftemangel wird sich in den kommenden Jahren noch verstärken. Bereits jetzt fehlen in Nordrhein-Westfalen 400.000 Beschäftigte. In den kommenden 10 Jahren werden 1,6 Millionen sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in den Ruhestand gehen. Bereits jetzt bleiben 10.000 Ausbildungsplätze unbesetzt, während zugleich allein 2022 über 11.000 junge Menschen die Schule ohne Hauptschulabschluss verließen. So kann es nicht weitergehen!

Doch es fehlt an einem Plan, wie wir die Potentiale in Nordrhein-Westfalen nutzen können. Die Landesregierung hat bisher nur symbolisch geliefert, wenn der Landesarbeitsminister Josef Laumann durch das Land tingelt und Presstertine bei Ausbildungsbetrieben macht. Wir haben



deshalb einen umfassenden Antrag mit Vorschlägen eingebracht, wie der Fachkräftemangel zu beseitigen ist: So muss der Übergang von der Schule zum Beruf begleitet werden, es kann nicht sein, dass junge Menschen nach der Schule einfach nicht Fuß fassen können. Es darf auch nicht sein, dass Frauen durch fehlende Betreuungsmöglichkeiten an der Berufstätigkeit gehindert werden. Das Land muss endlich für ein belastbares Kitasystem mit ausreichenden Personalressourcen sorgen, statt die frühkindliche Bil-

dung kaputt zu sparen. Auch die Weiterbildungsmöglichkeiten müssen in Zeiten der Digitalisierung erheblich gestärkt werden. Und natürlich müssen auch die Beschäftigungspotentiale bei den Arbeitssuchenden gestärkt werden.

Ende November haben sich die Abgeordneten der SPD-Landtagsfraktion im Rahmen von Tagespraktika in den unterschiedlichsten Branchen ein Bild von der Lage gemacht. Für mich war schnell klar, dass ich mein Praktikum in der Pflege absolvieren möchte.

In der AWO-Seniorenwohnstätte Eving habe ich einen Tag lang den Arbeitsalltag der Pflegekräfte miterlebt. Diese Arbeit erfordert nicht nur Fachwissen, sondern auch unglaublich viel Herz und Engagement. Von der Unterstützung bei der Körperpflege bis hin zu persönlichen Gesprächen mit den Bewohner\*innen – es war beeindruckend zu sehen, wie fürsorglich und geduldig das Team vor Ort war.

Zugleich ist der Fachkräftemangel gerade hier umso deutlicher im Arbeitsalltag spürbar. Die Pflegekräfte leisten jeden Tag mehr, als eigentlich machbar ist. Die Pflege braucht dringend bessere Bedingungen und mehr Wertschätzung!

Denn auch das ist bereits Realität: Immer mehr Kolleg\*innen schmeißen den Job hin, weil die Belastung immer größer wird. Ein Teufelskreis, den wir durchbrechen müssen!

Mein herzliches Dankeschön gilt dem Team der Seniorenwohnstätte Eving. Dafür, dass ich sie einen Tag lang begleiten durfte, aber auch für die wichtige Arbeit, die sie leisten. Ihr seid echte Held\*innen der Arbeit!

Antrag „Alle Hebel in Bewegung setzen – Schwarz-Grün muss bei der Fachkräftesicherung endlich alle Potenziale nutzen“: [rb.gy/h5qbc0](https://rb.gy/h5qbc0)

### **Pflege darf nicht zum größten Pflegefall werden**

Knapp 1,4 Millionen Menschen in Nordrhein-Westfalen sind pflegebedürftig. Damit hat eine von zwölf Personen einen Pflegegrad – ein Anstieg um 16,4 Prozent im Vergleich zu 2022. Diese Statistik von IT.NRW müsste auch die Landesregierung endlich wachrütteln. Von Sozialminister Karl-Josef Laumann gibt es jedoch keine wirksame Initiative, um die Situation der Pflegebedürftigen zu verbessern, von denen fast 90 Prozent in den eigenen vier Wänden gepflegt werden. Stattdessen wächst das Armutsrisiko für Menschen, die pflegebedürftig sind.

Stabil bei 2,15 Euro pro Leistungsstunde ist die Investitionsförderung des Landes für ambulante Pflegedienste – und das seit 30 Jahren. Angesichts der Preissteigerungen von rund 70 Prozent in dieser Zeit ein dramatischer Stillstand. Wenn die schwarz-grüne Landesregierung nicht endlich aufwacht, wird die Pflege zum größten Pflegefall des Landes.

Wenn das Geld nicht mehr reicht, um die Pflege der eigenen Mutter zu bezahlen oder wenn der Vater im Pflegeheim alles Ersparte aufbraucht und trotzdem Unterstützung braucht, dann fragen sich Angehörige: Pflege ich selbst, bis ich nicht mehr kann, oder gehe ich ein finanzielles Risiko ein? Pflegebedürftigkeit ist in NRW längst nicht mehr nur eine Herausforderung, sondern



wird für immer mehr Menschen zu einem Armutsrisiko. Die Zahl der Pflegebedürftigen steigt seit Jahren. Doch statt Lösungen zu finden, lässt die schwarz-grüne Landesregierung die explodierenden Kosten auf den Kommunen lasten. Während deren Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr steigen, bleibt das Engagement des Landes dennoch unverändert. Besonders betroffen sind die Städte im Ruhrgebiet. Dort sind ein Großteil der Pflegeheimbewohner\*innen auf finanzielle Unterstützung angewiesen.

Die Pflege ist schlecht finanziert und für viele Menschen unbezahlbar. Immer mehr Pflegekräfte steigen aus ihrem Beruf aus, weil die Arbeitsbedingungen nicht stimmen. Das führt dazu, dass die verbliebenen Pflegekräfte mehr leisten müssen, um die Lücken zu stopfen. Dazu kommen eine ausufernde Bürokratie und Pflegedokumentation. Auch die Ausbildung läuft nicht rund. All das waren Kritikpunkte, die auch von Pflegekräften, Trägervertretern, Auszubildenden und pflegenden Angehörigen geäußert wurden, die der Einladung zu einer Diskussionsveranstaltung, die ich gemeinsam mit der SPD-Fraktion Hombruch organisiert hatte, folgten.

Leider versagt die schwarz-grüne Landesregierung bei der Pflege auf voller Spur. Sie schaut teilnahmslos zu, wie die Pflege immer tiefer in die Krise schlittert und ignoriert Lösungsvorschläge, wie wir sie bereits vor einem Jahr mit unserem Rettungsprogramm Pflege vorgeschlagen haben.



Antrag „Rettungsprogramm Pflege: Was NRW jetzt tun muss!“: [rb.gy/it36va](https://rb.gy/it36va)

### **Für einen verantwortungsvollen Umgang mit dem Land im Land**

Egal ob für Wohnungen, Gewerbeflächen, Landwirtschaft, Naturschutz oder den Ausbau der Windkraft, freie Flächen und Boden sind ein knappes Gut, um das es immer häufiger Konflikte gibt – auch bei uns in Nordrhein-Westfalen. Vor diesem Hintergrund haben wir vor gut einem Jahr eine Große Anfrage an die Landesregierung gestellt, die die Verteilung, den Zustand und die zukünftige Beanspruchung des Bodens in Nordrhein-Westfalen in den Blick nimmt.

Ergebnis ist, dass meist landwirtschaftliche Flächen für die weitere Entwicklung von Stadt und Land beansprucht werden. Dabei gibt es in Nordrhein-Westfalen etwa 88.000 bekannte Altlastenflächen – die Dunkelziffer dürfte hoch sein. Doch gerade von Landesseite wird viel zu wenig getan, diese Flächen wieder einer neuen Nutzung zuzuführen.

Die Antwort der Landesregierung haben wir nun zum Anlass genommen, einen Entschließungsantrag zu stellen: Wir wollen eine gemeinsame und verantwortungsvolle Flächenplanung der Ministerien im Interesse einer besseren Koordination als bisher. Daraus muss auch ein Dialog mit den Kommunen erwachsen, die die Flächenplanung vor Ort umsetzen.

Antwort auf die Große Anfrage „Boden gutmachen: eine Anfrage zu Verteilung, Zustand und künftiger Beanspruchung unserer Lebensgrundlage“: [rb.gy/8w365z](https://rb.gy/8w365z)

Entschließungsantrag „Für Wohnungen, Kitas und Industrie – Nordrhein-Westfalen braucht eine neue Flächenpolitik“: [rb.gy/ozb7n7](https://rb.gy/ozb7n7)

### **Untersuchungsausschuss zum Anschlag in Solingen eingesetzt**

Es war ein großer Schock, als am 23. August der Täter Issa H. auf dem Fest der Vielfalt in Solingen mit einem Messer wahllos auf Menschen einstach. Er tötete dabei drei Menschen und verletzte acht weitere teilweise lebensgefährlich. Seitdem treibt uns die Frage um, wie es dazu kommen konnte. Vor allem, da der Täter den Behörden nicht unbekannt war und er bereits 2023 schon einmal abgeschoben werden sollte.

Wir haben deshalb wochenlang für die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses (PUA) gekämpft. Gerade nachdem Integrationsministerin Josefine Paul sich immer wieder in widersprüchliche Aussagen zu ihrem Kenntnisstand verwickelte und auf Nachfrage mauerte, war klar: Wir brauchen Aufklärung, hier darf nichts im Verborgenen bleiben. Ein solch schrecklicher Anschlag darf nicht wieder geschehen.

Die schwarz-grüne Regierungskoalition versuchte jedoch die Einsetzung des Untersuchungsausschusses immer wieder zu verzögern und aufzuweichen. Erst als wir drohten, notfalls ohne Konsens mit der Koalition einen PUA zu beantragen, konnten wir uns endlich durchsetzen: Der Parlamentarische Untersuchungsausschuss V – Terroranschlag vom 23.08.2024 hat seine Arbeit aufgenommen.

Damit können wir nun klären, welche Versäumnisse die Tat ermöglicht haben: Welche Informationsflüsse zwischen Behörden hat es gegeben und welche hätte es geben müssen? Welche Hinweise auf eine Radikalisierung des Täters gab es? Und warum fällt es der grünen Integrationsministerin Josefine Paul so schwer, ihre widersprüchlichen Aussagen zu erklären? Diese Fragen zu klären, ist jetzt Aufgabe des Untersuchungsausschusses.

Einsetzungsbeschluss „Parlamentarischer Untersuchungsausschuss Terroranschlag vom 23.08.2024“: [rb.gy/bkztz8](https://rb.gy/bkztz8)

### **Ernährungsarmut verhindern**

Seit Beginn des russischen Überfalls auf die Ukraine erleben wir eine in der Geschichte der Bundesrepublik beispiellose Inflation: Die Preise sind in allen Bereichen erheblich gestiegen, vor allem aber bei Lebensmitteln.

Eine Erhebung des statistischen Landesamtes IT.NRW zeigt, dass in Nordrhein-Westfalen die Nahrungsmittel zwischen 2015 und 2023 doppelt so stark stiegen wie die Verbraucherpreise insgesamt. Die höchsten Preisanstiege wurden in den Jahren 2022 und 2023 verzeichnet. Im Jahr 2023 waren Nahrungsmittel in Nordrhein-Westfalen 46,9 Prozent teurer als im Jahr 2015. Das ist doppelt so hoch wie der allgemeine Preisanstieg von 23,4 Prozent.

Ernährungsarmut ist nicht hinzunehmen. Gerade Menschen und Familien mit geringem Einkommen sind von der Teuerung besonders hart getroffen. Meist wurde bereits vor der Inflation schon bei Lebensmitteln gespart und auf günstigere Lebensmittel zurückgegriffen.

Jetzt ist es kein Geheimnis, dass der Markt im Lebensmittelhandel von den vier großen Ketten Edeka, REWE, Aldi und Lidl beherrscht wird. Wir fordern die Landesregierung deshalb auf, sich im Bundesrat für eine Preisbeobachtungsstelle stark zu machen – ein Modell, das in vielen Ländern bereits gut funktioniert.

Antrag „Hohe Lebensmittelpreise als Inflationstreiber – bessere Transparenz und mehr Verbraucherschutz durch eine Preisbeobachtungsstelle im Lebensmittelsektor“: [rb.gy/u9jiw7](https://rb.gy/u9jiw7)

### **Olympische Spiele in der Heimat?**

Die Olympischen und paralympischen Sommerspiele in Paris waren – trotz des schmutzigen Wassers in der Seine – ein voller Erfolg. Da schmerzte es auch nicht so sehr, dass Deutschland im Medaillenspiegel nicht ganz so gut abschnitt, wie erhofft.

Die Spiele von Paris haben in unserer Sportlandschaft den Traum von Olympia in der Heimat entfacht: Der Deutsche Olympische Sportbund (DOSB) arbeitet deshalb an einem Bewerbungskonzept für die Jahre 2036 oder 2040. Mögliche Austragungsorte sind dabei Berlin, München, Hamburg, Leipzig und die Rhein-Ruhr-Region.

Die demokratischen Fraktionen haben nun ein politisches Zeichen gesetzt: Nordrhein-Westfalen ist bereit für den olympischen Traum. Bis dahin sind allerdings einige Hürden zu überwinden: Aus Bayern kommen in Gestalt von Markus Söder schon Querschüsse, dass nur München und vielleicht noch Berlin eine Chance für die Bewerbung hätten. Es droht ein Gegeneinander bei der deutschen Bewerbung. Dabei ist klar: nur gemeinsam hat Deutschland überhaupt eine Chance auf Olympia im eigenen Land.

Klar ist aber auch, dass das Land für die Austragung der weltweit größten Sportveranstaltung einige Hausaufgaben zu erledigen hat: Vor allem Investitionen in die Sportstätten und dieverkehrliche Infrastruktur. Ein Bahn-Desaster wie bei der Fußball-EM darf uns nicht nochmal passieren.

Antrag „Gemeinsam für die Olympischen und Paralympischen Spiele in Deutschland“: [rb.gy/u5i489](https://rb.gy/u5i489)

### **Nie wieder ist jetzt – Gedenken an die Opfer des Holocaust**

Auch in diesem Jahr war mir das Gedenken an die Verbrechen rund um den 9. November 1938 ein wichtiges Anliegen. Bereits zum dritten Mal ging ich mit Schüler\*innen der Marie-Reinders-Realschule auf Tour durch Hörde zu den Stolpersteinen von den Nazis verschleppter und ermordeter jüdischer Mitbürger\*innen.

Klaus Lenser vom Arbeitskreis Hörder Pogromgedenken berichtete über die Greueltaten der Nazis und die traurigen Schicksale der Hörder Jüd\*innen. Wenige Tage später wurden in der Alfred-Trappen-Straße und in der Wiggerstraße neue Stolpersteine verlegt. Sie erinnern an die Schicksale der Familie Mosbach, die in Hörde ein Spielwarengeschäft betrieb und an



den Metzger Max Feldmann. Berthold und Flora Mosbach und ihre Kinder Erich, Gerda und Walter starben in Konzentrationslagern, während Tochter Paula nach England fliehen konnte. Ihre Großmutter Johanna verstarb vermutlich schon früher. Max Feldmann verstarb nach mehreren Inhaftierungen am 22. Juni 1939 in der Haftanstalt Münster.

Im Rahmen einer bewegenden Zeremonie, die von Schüler\*innen des Hörder Goethe-Gymnasiums, Mitgliedern der Jüdischen Gemeinde, dem Jugendingring Dortmund und dem Arbeitskreis



Hörder Pogromgedenken gestaltet wurde, wurden die Stolpersteine an den ehemaligen Wohnhäusern der Familie Mosbach und Max Feldheims verlegt. Bewegend war auch das Andenken an meinen Genossen Diethart Döring, einer der Gründer des Hörder Pogromgedenkens, der in diesem Jahr verstarb. Deshalb ist es mir wichtig und weiter ein Anliegen, junge Menschen zu ermutigen, sich in der Erinnerungsarbeit zu engagieren. Denn auch in der Zukunft muss es heißen: Nie wieder!

Zu einer besonderen Veranstaltung lud eine Veranstaltergemeinschaft aus Förderverein Gedenkstätte Steinwache/Internationales Rombergpark-Komitee, AWO Dortmund und Auslandsgesellschaft ins Hörder Hansa-Theater: „Hast Du Zweifel, wer Du bist? Kunst und Kultur gegen das Vergessen“. Anlässlich der Pogrome im November 1938 und

des Erstarkens des Rechtspopulismus, Rassismus und Antisemitismus in unserer Gesellschaft sollte die Veranstaltung mahnen, Gesicht zu zeigen und unsere Verantwortung deutlich zu machen, dass sich die Geschichte nicht wiederholt. Ein Initiativkreis bekannter Dortmunder Künstler\*innen gestaltete den Abend mit Musik und Lesungen. Rund 200 Gäste folgten der Einladung zur Veranstaltung, deren Schirmfrau ich sein durfte. Spenden und der Verkauf von Kunstwerken brachten 2.400 Euro ein, die an die Beratungsstelle gegen Rechtsextremismus „Backup-Comeback“, die Obdachlosenhilfen BODO und GastHaus und das AWO-Projekt „Tiny-Houses“ für Obdachlose weitergereicht werden.





### SPD-Landtagsfraktion auf Klartexttour in der Nordstadt

Einmal im Quartal geht es für die SPD-Landtagsfraktion auf Klartexttour. Die letzte Tour führte die SPD-Abgeordneten des Integrations- und des Sozialausschusses in die Dortmunder Nordstadt, um über echte Integration und die Hürden, die sie oft verhindern, zu sprechen.

Denn es reicht nicht, nur „Willkommen!“ zu sagen. Diskriminierung beginnt oft schon bei der Wohnungssuche, setzt sich auf dem Arbeitsmarkt fort und hört bei der Vergabe von Kitaplätzen nicht auf. Vereine und Institutionen in der Nordstadt stellen sich diesen Problemen entschlossen entgegen.

Die AWO-Berater\*innen und Projekte wie „Labor Ankommen“ unterstützen auf dem Wohnungs- und Arbeitsmarkt und bieten mentalen Support. Sie arbeiten mit Menschen, die vor Krieg geflohen sind, mit Traumata kämpfen und mit komplexen Problemen wie Zwangsheirat, Menschenhandel und Gewalt konfrontiert sind.



Doch die Realität ist knallhart – die Fördermittel schrumpfen, Räume sind knapp, und die Aufgaben werden immer mehr.

Unsere Klartexttour führte vom Abenteuerspielplatz Big Tipi – einem Lernort, der vielen Kindern unterschiedlicher Herkunft Platz bietet, um sich zu begegnen und zu entwickeln – über die AWO-Migrationsdienste im BunkerPlus und schließlich ins Dietrich-Keuning-Haus: ein Ort, der Kultur und Begegnung ermöglicht, offen für alle, die dazugehören wollen.

### Mit dem JuKi-Haus wird der Natursportpark Zeche Kaiser Friedrich noch inklusiver

In Hombruch entsteht ein einzigartiger Lern- und Begegnungsort: das JuKi-Haus im Natursportpark Zeche Kaiser Friedrich. Auf 18,5 Hektar Fläche bietet der Natursportpark Kindern und Jugendlichen einen Ort des gemeinsamen Lernens, Entfaltens und Erlebens – unabhängig von ihren individuellen Voraussetzungen. Ob kreative Workshops, sportliche Aktivitäten oder digitale Bildung – die Möglichkeiten sind grenzenlos. An diesem Ort werden Umweltpädagogik, Sozialtraining und erlebnispädagogische Ansätze kombiniert, damit die Kinder und Jugendlichen ihre motorischen und kognitiven Fähigkeiten schulen und soziale Kompetenzen ausbilden können. Dank einer Förderung der Sozialstiftung NRW (ehemals Stiftung Wohlfahrtspflege) in Höhe von 670.000 Euro ist das zukünftig auch bei schlechtem Wetter möglich. Das JuKi-Haus, eine moderne Holzhalle, bietet dann auf 1.000 Quadratmetern Platz für eine Sporthalle, Werk-, Bastel-



und Seminarräume, Umkleiden und eine Küche. Das Gebäude wird vollständig barrierefrei und mit extrabreiten Türen, einem Aufzug und inklusiven Räumen ausgestattet sein.

### **SPD sammelte Spenden für die Aidshilfe Dortmund**

Auch vor der Aidshilfe und der Prävention vor AIDS und HIV macht die Landesregierung mit ihren Kürzungen keinen Halt. 1,6 Millionen Euro sollten hier eingespart werden – ein Minus von 38 Prozent. Von diesen Plänen ist Schwarz-Grün glücklicherweise wieder abgesprungen und kürzt „nur“ noch 380.000 Euro bei der zielgruppenspezifischen HIV-Prävention. Eine Kürzung, die in Zeiten steigender Preise dennoch empfindlich bleibt.

Es ist auch ein gutes Beispiel, das zeigt, wie sehr soziale Träger auf die Akquise von Spenden angewiesen sind. Die SPDqueer Dortmund hat deshalb in Zusammenarbeit mit der Aidshilfe Dortmund eine Teddybär-Aktion gestartet. Seit vielen Jahren verkauft die Aidshilfe landesweit Teddybären für den guten Zweck. Die SPDqueer baute in der Adventszeit einen Verkaufsstand in Holzen auf, der von Jens Peick, Nadja Lüders, Ralf Stoltze, Sabine Poschmann, Norbert Schilff und mir tatkräftig unterstützt wurde. Auch der örtliche SPD-Ortsverein Ardey, der SPD-Stadtbezirk Hörde und die Jusos Dortmund waren mit vielen Helfer\*innen dabei.

Für mich ist die Teddybär-Aktion eine Herzensangelegenheit. Bereits in den vergangenen Jahren habe ich am Verkaufsstand der Aidshilfe auf dem Dortmunder Weihnachtsmarkt regelmäßig geholfen, und es war für mich selbstverständlich, auch dieses Jahr wieder mit anzupacken. Die Einnahmen der Aktion fließen direkt in die Projekte der Aidshilfe.



### **Täter-Opfer-Ausgleich stand auf der Streichliste**

Seit 28 Jahren fördert das Land den Täter-Opfer-Ausgleich in der Hand freier Träger. Er hat die Aufgabe, Geschädigten und Beschuldigten von Straftaten im Wege einer Mediation den Rahmen zu bieten, gemeinsam Lösungen und Wiedergutmachungen für die Folgen der erlittenen Straftat zu finden. Der Täter-Opfer-Ausgleich ist damit auch ein wichtiges Instrument des Opferschutzes und der Prävention von Straftaten.

Geschädigte von Straftaten finden hier Gehör und können mit professioneller Unterstützung ihre Interessen und Bedürfnisse nach der Tat – persönliche und finanzielle – gegenüber ihrem

Schädiger geltend machen. Beschuldigte von Straftaten lernen beim Täter-Opfer-Ausgleich, Verantwortung für ihr Handeln zu übernehmen und konkret Wiedergutmachung zu leisten. Bislang förderte die Landesregierung den Täter-Opfer-Ausgleich landesweit mit 1,2 Millionen Euro. Diese sollten nach dem Willen der Landesregierung zunächst komplett gestrichen werden.



Neben der Fachstelle in Dortmund hätte das fünf weitere Fachstellen in Duisburg, Erkelenz/Heinsberg, Münster, Siegen und Wuppertal betroffen. Sie hätten somit vor dem Aus gestanden.

Deshalb informierte ich mich beim Sozialdienst katholischer Männer (SKM) Dortmund über die Arbeit der Fachstelle. Der SKM hatte diese erst im Juli als Träger übernommen. Im Landtag brachte die SPD-Fraktion einen Änderungsantrag ein, der die Rücknahme der Kürzungen forderte. Dieser wurde von CDU und Grünen abgelehnt. Letztlich war der Druck gegenüber der Landesregierung

aber so groß, dass die Regierungskoalition zumindest 500.000 Euro wieder im Haushalt bereitstellt. Damit kann der Täter-Opfer-Ausgleich zumindest in einem reduzierten Umfang fortgesetzt werden.

Ich finde dennoch, dass die Landesregierung hier an der falschen Stelle spart. Gerade in Zeiten, in denen viele Menschen an der Handlungsfähigkeit von Staat und Politik zweifeln, ist die Streichung der Fördermittel fatal, denn der Täter-Opfer-Ausgleich ist ein wichtiger Beitrag für mehr Gerechtigkeit und steigert das Vertrauen in unseren Rechtsstaat.

### TBS von Haushaltskürzungen betroffen

Auch die Technologieberatungsstelle beim DGB NRW, die ihre Zentrale in Dortmund hat, ist von den Kürzungen im Landeshaushalt betroffen. Im Rahmen eines Solidaritätsbesuchs informierten Nadja Lüders, Ralf Stoltze und ich uns über die Arbeit der TBS und die Auswirkungen, die die Kürzungen haben würden.

Die TBS wird von den Gewerkschaften in Nordrhein-Westfalen sowie dem Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales getragen und handelt im Rahmen eines Landesauftrages. Zentrales Ziel ist die Gestaltung und Förderung eines arbeitsorientierten und sozialverträglichen Strukturwandels in Nordrhein-Westfalen. Dabei unterstützt die TBS Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeiter\*innenvertretungen und interessierte Arbeitnehmer\*innen, sich konstruktiv in betriebliche Umgestaltungsprozesse einzubringen. Sie bietet ihre Seminare und Beratungsleistungen branchenübergreifend und flächendeckend in Nordrhein-Westfalen an.



Die Landesregierung wollte die Zuschüsse um 43 Prozent auf 1 Millionen Euro kürzen. Angesichts der aktuellen Herausforderungen der Transformation unserer Wirtschafts- und Arbeitswelt ist das ein beschämendes Signal an die werktätigen Menschen und zugleich ein weiterer

Angriff auf die Mitbestimmung in Nordrhein-Westfalen! Wir wollten deshalb auch hier die Kürzungen mit einem Änderungsantrag wieder zurücknehmen. Das fand aufgrund des Vetos von CDU und Grünen keine Mehrheit. Dennoch hatten unsere Bemühungen auch hier einen Teilerfolg: die Regierungskoalition nimmt einen Teil der Kürzungen wieder zurück. Statt 756.000 Euro werden nur noch 556.000 Euro gestrichen.

### **Constantin Bader nahm am Jugendlandtag teil**

Drei Tage lang nahmen 195 Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren die Plätze der Abgeordneten im Landtag ein. Beim 14. Jugendlandtag erlebten sie den politischen Alltag im Landtag hautnah: von Fraktions- und Ausschusssitzungen bis hin zur abschließenden Plenardebatte.

Constantin Bader vertrat mich und meinem Wahlkreis. Zum Abschluss hat er sogar eine Rede zum Thema „Finanzielle Bildung in Schulen“ gehalten. Er betonte dabei, wie wichtig dieses Thema für die soziale Gerechtigkeit sei – ein Anliegen, das mir ebenfalls sehr am Herzen liegt. Mit Überzeugung erklärte er, warum dieses Thema bereits in der Schule gelehrt werden muss und wie Bildung dabei helfen kann, Chancengerechtigkeit für alle zu schaffen.

Constantin hat berichtet, wie spannend und gleichzeitig herausfordernd es war, eine Rede vor einem so großen Publikum zu halten. Er sagte, dass er viel über die richtige Vorbereitung und das selbstbewusste Auftreten gelernt hat. Sein Fazit: „Der Jugendlandtag ist eine Erfahrung, die ich jeder und jedem nur weiterempfehlen kann.“ Es sei eine gute Möglichkeit, die Abläufe der Politik nicht nur kennenzulernen, sondern auch selbst aktiv mitzugestalten.

Wenn auch Ihr Lust habt, einmal am Jugendlandtag teilzunehmen, meldet Euch gerne bei meinem Büro. Der Jugendlandtag findet jährlich im Herbst statt. Jede\*r Abgeordnete kann eine\*n Jugendlichen für diesen melden.

Video der Plenarrede von Constantin Bader: [youtu.be/9ulwVr0uS5Q](https://youtu.be/9ulwVr0uS5Q)

Video über den Jugendlandtag 2024: [rb.gy/ztnvr1](https://rb.gy/ztnvr1)



### **Kaffee, Kuchen, Kästner – Ein literarischer Nachmittag im Haus Rode**

Am 2. November 2024 verwandelte sich das Haus Rode in einen Ort der Erinnerung und Inspiration. Unter dem Motto „Kaffee, Kuchen, Kästner“, geplant von Monika Driesner-Goerke vom SPD-Ortsverein Hörde-Süd, tauchten die Gäste mit unserer Lesung in Erich Kästners Leben und Werke ein. Das Haus Rode war sehr gut gefüllt und wir boten ein abwechslungsreiches Programm, das die Vielseitigkeit dieses großen Autors beleuchtete.

Ob humorvolle Kinderbuchklassiker wie „Emil und die Detektive“ oder seine scharfsinnigen, politischen Texte: Die Lesungen zeigten, wie Kästner es schaffte, mit Worten zu berühren, aufzurütteln und zu inspirieren. Besonders eindrucksvoll finde ich sein unermüdliches Engagement für Frieden und Gerechtigkeit, das er in jeder Zeile zum Ausdruck bringt. Kästners Werke mahnen uns auch heute, nicht gleichgültig zu sein, und sie laden uns dazu ein, die Welt mit Mut und Optimismus zu gestalten.

Ein großer Dank geht an Monika Driesner-Goerke, Leif Schmidt und Rolf Gemmecke für ihre Mitwirkung an dieser kulturellen und literarischen Reise. Es war ein Nachmittag voller starkem Kaffee, leckerem Kuchen und inspirierendem Kästner!



### **Kinderrechte sind mehr als Worte. Die Lieberfeld-Grundschule in Dortmund lebt sie jeden Tag**

In der Lieberfeld-Grundschule in Wellinghofen sind Kinderrechte seit fünf Jahren fester Bestandteil des Schulalltags. Ein Schülerparlament entscheidet mit und die Lehrer\*innen wurden speziell geschult, um Partizipation und ein demokratisches Miteinander an der Schule umzusetzen. Auf Einladung von Schulleiterin Jutta Portugall besuchte ich die Lieberfeld-Grundschule, um mich über das Konzept zu informieren.

Zusammen mit sozialpädagogischen Fachkräften und Kinderrechtspädagog\*innen lernen die Schüler\*innen, ihre Umgebung aktiv mitzugestalten. Sie lernen dabei nicht nur ihre Rechte kennen, sondern auch ihre Verantwortung. In Eigeninitiative gestalten die Kinder den Schulhof, erstellen Verhaltensregeln und organisieren kreative Projekte, um ihre Schule zu einem sicheren, lebendigen Ort zu machen. So lernen sie auch Probleme anzusprechen, die sie stören - zum Beispiel zu viel Müll und Hundekot im Umfeld der Schule.

Das Engagement der Kinder beeindruckt mich. An der Lieberfeld-Grundschule lernen die Kinder, wie wertvoll ihre Mitbestimmung in der Demokratie ist. Gerade in diesen Zeiten ist dies eine wichtige Erfahrung. Die Schule ist ein Vorbild für Partizipation und gelebte Kinderrechte im Alltag.



## Diakonie Dortmund veröffentlicht Videoprojekt „Immer wieder!“

In einem Videoprojekt stellten Mädchen und junge Frauen zwischen 14 und 19 Jahren ihre Erfahrungen mit geschlechtsspezifischer Gewalt vor. Das Projekt entstand in einer Mädchenwohngruppe der Diakonie Dortmund und wurde im Rahmen der Aktionswoche gegen Gewalt an Frauen in der Petrikirche vorgestellt. Ich war dazu eingeladen, vor der Filmvorführung einen Vortrag über Gewalt an Frauen und Mädchen zu halten und hatte nach der Veranstaltung die Möglichkeit, mich mit den Protagonistinnen auszutauschen.

Ich habe allergrößten Respekt vor diesen jungen Frauen und Mädchen: Auch wenn sie in den Videointerviews anonymisiert sprechen, erfordert es sehr viel Mut, so offen über die eigenen Gewalterfahrungen zu berichten. Und es hilft auch anderen Betroffenen, sich zu trauen, Hilfe zu suchen. Weil deutlich wird: Nein, ich muss das nicht länger ertragen! Andere haben ähnliches erlebt und haben es geschafft, dem zu entziehen. Dann schaffe ich das auch!



## Gemeinsam Demokratie erleben – Besuchergruppen im Landtag

Seit dem letzten Newsletter durfte ich wieder mehrere Besuchergruppen im Landtag begrüßen, die meiner Einladung in die Landeshauptstadt gefolgt sind. Egal, ob mit dem Vorstand der AWO Dortmund, Schüler\*innen des Robert-Schumann-Berufskollegs, der AWO Lücklemborg und dem Evangelischen Männerdienst – es gab viel zu diskutieren und zu erleben.



## Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.



Impressionen von der „NRW bleib sozial!“-Demo auf den Rheinwiesen in Düsseldorf



Nicht nur am Welt-Aidstag!  
Stigmatisierung von HIV-Infizierten und AIDS-Erkrankten bekämpfen – Prävention stärken!



Am bundesweiten Vorlestag habe ich den Kindern in der AWO-Kita An der Witwe in Barop vorgelesen.



Auftaktveranstaltung zur Aufstellung des Landesaktionsplans zur Umsetzung der Istanbul-Konvention in NRW.



Gerade bei Bauchspeicheldrüsenkrebs kann eine frühzeitige Prävention Leben retten!



Raus aus dem Dunkeln: das Dunkelfeld erhellen. Aufnahme eines Podcasts der Deutschen Kinderhospiz Dienste e.V.



Weitere Impressionen von meinem Tagespraktikum in der AWO-Seniorenwohnstätte Eving



Mitgliederversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Dortmunder Frauenverbände



Weihnachtstour durch die AWO-Ortsvereine



Krise bei Thyssenkrupp. Betriebsrat der Westfalenhütte zu Gast beim Dialog Stahl der SPD-Fraktion.



Austausch mit dem Netzwerk Frauen und Mädchen mit Behinderung NRW



Kein Spiegel der Eitelkeiten, sondern hohe Kunst von Gerhard Richter im Landtag.



Im Kampf gegen Genitalbeschneidung: Stop Mutilation e.V.



Roter Teppich statt Plenarsaal. Die Toten Hosen erhielten den Staatspreis NRW.



Dortmunder Frauenverbände vereint gegen Gewalt an Frauen



AWO-Mitglied Helga de West wurde 90



Ver.di-Frauen Rhein-Wupper-Düsseldorf zu Gast im Gleichstellungsausschuss



Die AWO-Begegnungsstätte in Kircherne heißt jetzt Renate-Riesel-Treff



Eröffnung der Ausstellung „Lebensbilder“ Der Lebenshilfe NRW



Besuch des Mädchenhaus FeminaVita in Herford



AWO  
Arbeitswohlfahrt  
Unterbezirk  
Dortmund  
Renate-Riesel-Treff



Du möchtest immer und überall über meine Positionen und Aktivitäten auf dem Laufenden sein? Dann abonniere doch meinen Whats-App-Kanal!

